



LANDESVEREINIGUNG
BAUWIRTSCHAFT
Baden-Württemberg

» Geschäftsbericht

20
17

» Bauleistung in Baden-Württemberg 2017*

Bausparte	Arbeitsstd. in 1.000	Veränderung 2017/2016 in %	Umsatz in Mrd. EUR	Veränderung 2017/2016 in %	Auftrags- eingang in Mrd.	Veränderung 2017/2016 in %
Wohnungsbau	17.761	+ 6,1	2,617	+ 17,5	1,992	+ 7,0
Wirtschaftshochbau	15.486	+ 5,4	3,268	+ 12,7	2,980	+ 14,0
Öffentlicher Hochbau	4.476	+ 5,1	0,720	+ 6,4	0,659	+ 19,5
Wirtschaftstiefbau	13.080	+ 6,7	1,509	+ 11,2	1,172	- 1,7
Straßenbau	13.367	+ 4,7	1,825	+ 9,3	1,767	+ 8,4
Sonstiger Tiefbau	8.697	+ 7,6	1,223	+ 7,8	1,151	+ 4,7
Gesamt	72.867	+ 5,9	11,162	+ 12,0	9,720	+ 8,6
Gesamt, alle Betriebe	122.852	+ 4,1	15,708	+ 7,8		

* Betriebe \geq 20 Mitarbeiter, letzte Tabellenzeile: alle Betriebe

» Beschäftigtenentwicklung*

	2017	Veränderung 2017/2016 in %
Beschäftigte	99.988	+ 4,3
Arbeitslose Facharbeiter**	2.544	- 11,6
Auszubildende***	5.879	+ 2,8

* im Jahresdurchschnitt ** neue Datenerfassung KlärB 2010 *** Wert zum 31.12.2017

» Baupreise

Sparte	Index mit MwSt. (2010=100) Stand November 2017	Veränderung November 2017/2016 in %
I. Hochbau		
Wohngebäude	119,2	+ 3,5
Rohbauarbeiten	116,8	+ 3,7
Ausbauarbeiten	121,3	+ 3,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	121,5	+ 4,2
- Rohbau	118,2	+ 4,0
- Ausbau	125,3	+ 4,4
Bürogebäude	121,3	+ 4,1
II. Tiefbau		
Straßenbau	115,3	+ 3,6
- Erdarbeiten	114,6	+ 3,0
- Oberbau aus Asphalt	114,8	+ 4,0

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

» Baukonjunktur:

Hohes
Umsatzwachstum
in allen Sparten.

Diesel-Fahrverbote abfedern

Die nun zulässigen Fahrverbote für Dieselfahrzeuge kommen faktisch einem Arbeitsverbot für Baufirmen gleich. Denn deren Fuhrpark besteht ganz überwiegend aus Dieselfahrzeugen. Dringend erforderlich sind daher eine umfassende Ausnahmeregelung für Handwerksbetriebe sowie ausreichend lange Übergangsfristen für Neuinvestitionen.

Wohnungsbau ankurbeln

Steigende Mieten und Wohnungsknappheit sorgen für sozialen Sprengstoff - bessere Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau sind daher dringend angesagt. Überfällig sind die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung sowie eine gezielte Wohnraumförderung für Schwellenhaushalte. Zudem müssen die enorm gestiegenen Baunebenkosten eingedämmt werden.

Energetische Sanierung fördern

Die energetische Modernisierung des Gebäudebestands kommt viel langsamer als geplant voran. Dadurch werden die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung in Frage gestellt. Die Bauwirtschaft fordert daher die Einführung einer steuerlichen Sonder-AfA für energetische Modernisierungsmaßnahmen auch bei selbst genutztem Wohneigentum.

Verkehrswege modernisieren

Leistungsfähige Verkehrswege sind für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg lebenswichtig. Während die Konjunktur läuft und der Verkehr zunimmt, wächst das Straßennetz nicht schnell genug mit. Nachdem die Ausgaben für den Verkehrswegebau erhöht wurden, gilt es nun, ausreichend Planungskapazitäten zu schaffen. Zudem müssen die ausgefertigten Vorschriften für Plan- und Genehmigungsverfahren reduziert werden.

Verwertung mineralischer Bauabfälle stärken

Wegen zunehmend strengerer rechtlicher Auflagen zur Bauabfallverwertung muss immer mehr Erdaushub auf Deponien gelagert werden. Vielerorts wird Deponieraum knapp, die Gebühren sind sprunghaft gestiegen. Daher muss der Gesetzgeber Rahmenbedingungen schaffen, welche die Verwertung von Erdaushub und Bauschutt in der Praxis forcieren. Zudem müssen regional ausreichende Deponiekapazitäten sichergestellt werden.

Grenzüberschreitendes Bauen vereinfachen

Zahlreiche Hemmnisse erschweren die Tätigkeit deutscher Baubetriebe im benachbarten Ausland. Dazu gehören in der Schweiz scharfe Baustellenkontrollen zwecks Einhaltung der Mindestlöhne, die Einführung der Bauhandwerkerkarte Carte BTP in Frankreich sowie weitere bürokratische Anforderungen. Der Verband fordert die Aufhebung dieser protektionistischen Hürden.

Forderungen an die Politik

Die Bauwirtschaft blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2017 zurück. Auch der Ausblick auf die kommenden Monate ist positiv. Dennoch gibt es Handlungsbedarf: In vielen Städten herrscht Wohnungsknappheit, das Verkehrswegenetz ist modernisierungsbedürftig, es fehlt an ortsnahen Entsorgungsmöglichkeiten für Erdaushub. Auch in anderen Problemfeldern sind Lösungen gefragt.

» Wohnungsbau:

Steuerliche Anreize setzen, Regulierungen abbauen.



Bauentwicklung

Konjunktur

Nach einem sehr guten Ergebnis im Vorjahr setzte die Baukonjunktur 2017 ihren Höhenflug fort. Bezogen auf sämtliche Betriebe des Bauhauptgewerbes erreichte die Branche in Baden-Württemberg einen Umsatz von 15,7 Milliarden Euro, das sind 7,8 % mehr als 2016. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 4,1 %. Ebenfalls deutlich zugelegt haben die Auftragseingänge. Sie stiegen bei den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten um 8,6 %. Äußerst dynamisch entwickelte sich vor diesem Hintergrund der Bau-Arbeitsmarkt: Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe nahm um 4,3 % auf durchschnittlich rund 100.000 pro Monat zu – der höchste Wert seit 15 Jahren.

Unter den Bausparten erreichte der Wohnungsbau den stärksten Umsatzzuwachs. Die größeren Bauunternehmen erwirtschafteten in diesem Bereich ein Plus von 17,5 %. Gleichzeitig waren die Baugenehmigungen für Wohnungen rückläufig: 2017 wurden 44.212 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden – einschließlich Baumaßnahmen im Bestand – zum Bau freigegeben, das waren rund 16 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Deutlich zugenommen haben auch die Umsätze im Wirtschaftsbau. Sie stiegen 2017 bei den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten um insgesamt 12,2 %. Der gewerbliche Bau profitierte von der guten gesamtwirtschaftlichen Lage und der anhaltenden Expansion der Unterneh-

mensinvestitionen. Ebenfalls aufwärts gerichtet – wenn auch mit einer etwas schwächeren Zuwachsrate – war die Entwicklung im Öffentlichen Bau. In dieser Sparte verzeichneten die Betriebe ein Umsatzwachstum von 8,3 %, wobei der Straßenbau mit einem Plus von 9,3 % überdurchschnittlich zulegen konnte. Grund für diesen Aufwärtstrend war die verstärkte Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand.

Zu den vordringlichen Anliegen der Bauwirtschaft zählen die Sanierung und der bedarfsgerechte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. In diesem Bereich besteht infolge jahrelanger Sparmaßnahmen ein gewaltiger Nachholbedarf. Viele wichtige Neubauprojekte warten seit Jahren auf ihre Realisierung. Nachdem Bund und Land mehr Mittel für den Verkehrswegebau bereitgestellt haben, müssen nun die Planungskapazitäten der Straßenbauverwaltung erweitert werden, um eine zügige Umsetzung der Baumaßnahmen sicherzustellen. Im Schienenwegebau müssen das Bahnprojekt Stuttgart 21 sowie der Aus- und Neubau der Bahnstrecke Karlsruhe – Basel ohne weitere Verzögerung vorangetrieben werden.

Angesichts der guten Auftragslage und der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung blickt die Bauwirtschaft optimistisch in die Zukunft. Trotz der bestehenden Konjunkturrisiken – z. B. durch protektionistische Tendenzen in den USA und den Brexit – erwartet die Branche für 2018 ein Umsatzwachstum von etwa 4 %.

Anreize für mehr Wohnungsbau notwendig

Seit Jahren herrscht vor allem in Ballungsräumen und großen Städten Wohnraummangel. Vor diesem Hintergrund ist die Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten im Mietwohnungsbau dringend erforderlich. Die von der neuen Bundesregierung geplante befristete Sonderabschreibung für den frei finanzierten Wohnungsbau stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar. Auf lange Sicht effizienter wäre die Wiedereinführung der degressiven AfA. Sinnvoll ist ebenfalls das angekündigte Baukindergeld. Die Grunderwerbsteuer muss – anstelle des von der Regierungskoalition vorgesehenen Freibetrags für Familien beim erstmaligen Erwerb von Wohngrundstücken – für alle Käufer von jetzt 5 % wieder auf das bis 2011 geltende Niveau von 3,5 % abgesenkt werden.

Kontraproduktiv ist die von Union und SPD geplante Verschärfung der Mietpreisbremse. Diese Regelung konnte seit ihrer Einführung 2015 den Anstieg der Mieten in der Fläche nicht wirksam verhindern. Eine Gesetzesverschärfung würde in den Ballungsräumen nicht die gewünschte Entlastung bewirken. Vielmehr steht zu befürchten, dass sich die schon jetzt investitions-hemmende Wirkung des Gesetzes verstärkt.

Kritik an Aufhebungen öffentlicher Ausschreibungen

Deutlich kritisiert die Bauwirtschaft die vermehrt von öffentlichen Auftraggebern praktizierte Aufhebung von Bauausschreibungen. Als Begründung für den nach-

träglichen Stopp der eigenen Ausschreibungen geben Kommunen häufig an, die Angebotspreise würden ihre Kostenschätzung deutlich überschreiten. Teilweise wird den anbietenden Baufirmen unterstellt, sie nutzten die günstige konjunkturelle Lage aus, um „überhöhte Preise“ durchzusetzen. Der Verband widerspricht dieser Aussage und weist auf die zum Teil veralteten und lückenhaften Baukostenschätzungen der Kommunen hin. Die Aufhebung der Ausschreibung ist rechtswidrig, wenn der Auftraggeber die Kosten falsch eingeschätzt und deshalb keine ausreichenden Mittel zur Verfügung hat. Die Landesvereinigung richtet den Appell an die öffentliche Hand, ihr Ausschreibungsverhalten zu überdenken und ihrer Verantwortung für die Schaffung fairer Marktbedingungen gerecht zu werden. Die Aufhebung von Vergabeverfahren darf nicht dazu genutzt werden, die Preise zu drücken.

Hoher Bedarf an Fach- und Führungskräften

Bedingt durch die starke Nachfrage nach Bauleistungen ist der Bedarf an Fach- und Führungskräften in der Baubranche weiter sehr hoch. Sehr gefragt sind – nicht zuletzt aufgrund der erhöhten Investitionen im Infrastrukturbereich – Bauingenieure. Nach Berechnungen der Landesvereinigung Bauwirtschaft liegt der jährliche Bedarf an ausgebildeten Bauingenieuren im Land bei ca. 2.600. Davon benötigt die Bauwirtschaft rund 1.500 Absolventen, die Planungsbüros und die öffentliche Verwaltung 1.100. Tatsächlich gibt es jedoch nur etwa 1.200 Studienplätze im Bauingenieurwesen an den baden-württembergischen Hochschulen und Universitäten. Um Abhilfe zu schaffen, wurden auf Anregung der Bauwirtschaft in den letzten Jahren zusätzlich neue duale Studienangebote geschaffen.

Die Zahl der Auszubildenden in den Bauberufen hat zuletzt wieder zugenommen: Zum Stichtag 31. Dezember 2017 haben in Baden-Württemberg insgesamt 5.879 Jugendliche eine Bauausbildung absolviert – gegenüber 2016 ein Plus von 2,8 %. Im ersten Ausbildungsjahr fiel der Zuwachs mit 6 % und 1.870 neu abgeschlossenen Lehrverträgen noch deutlicher aus. Die Zugewinne reichen dennoch nicht aus, um den Bedarf zu decken. Aufgrund der in den vergangenen Jahren durch Lehrlingsmangel entstandenen Lücken müssten etwa 2.500 bis 2.700 Schulabgänger jährlich eine Bauausbildung beginnen. Daher ist es unabdingbar, unter anderem durch längere Bleibeperspektiven für ausbildungswillige Flüchtlinge die Rahmenbedingungen zu schaffen, um zielgerichtet auch eine Zuwanderung in die Ausbildung zu ermöglichen.

Tarifpolitik 2017

Nachdem am 25. Mai 2017 das Soka-Sicherungsgesetz in Kraft treten konnte und damit die Altersversorgung für viele hunderttausend Bauarbeiter und die Berufsbildung im Baugewerbe gesichert wurden, hat das LAG Hessen am 2. Juni 2017 dieses Gesetz als verfassungsgemäß eingestuft. Im Anschluss daran haben die Verbände ihre politischen „Hausaufgaben“ gemacht und eine neue Verbändevereinbarung zur Einschränkungsklausel der Allgemeinverbindlicherklärung mit einem Schlichtungsverfahren abgeschlossen.

Ein eklatantes Problem im Marktgeschehen der Bauwirtschaft stellt die Tätigkeit so genannter Ein-Mann-Betriebe dar, die, insbesondere aus dem Ausland kommend, in Kolonnenstärke auftreten. Die Baubranche ist dem durch Einführung eines auch von Soloselbstständigen zu leistenden Mindestbeitrags im Berufsbildungsverfahren begegnet. Leider hat das Bundesarbeitsgericht mit einem Beschluss vom 1. August 2017 dieses Verfahren dadurch faktisch gekippt, dass es die Zuständigkeit der Arbeitgeberverbände bezüglich des Abschlusses von Tarifverträgen, welche Soloselbstständige betreffen, verneint hat, indem es sich für unzuständig erklärte. Der Einzug des Mindestbeitrags wurde dann umgehend durch die Soka-Bau gestoppt und die bereits vereinbarten Beiträge wurden an die betroffenen Ein-Mann-Betriebe zurückerstattet. Es liegt nun an der Politik, die guten Ansätze aus dem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung umzusetzen und etwas gegen die Marktverzerrungen durch diese Unternehmensform zu tun. Dies wäre gleichzeitig ein Schritt zu einer besseren sozialen Absicherung von Soloselbstständigen.

Ende des Jahres 2017 fanden Tarifverhandlungen über die Mindestlöhne im Baugewerbe statt. Im Ergebnis steigt der Mindestlohn 1 im Bundesgebiet ab

» Fachkräftebedarf:

Nachwuchssicherung durch Zuwanderung in die Ausbildung.

Januar 2018 auf 11,75 Euro und ab März 2019 auf 12,20 Euro. In den alten Bundesländern erhöht sich der Mindestlohn 2 ab Januar 2018 auf 14,95 Euro und ab März 2019 auf 15,20 Euro (in Berlin auf 14,80 Euro und später auf 15,05 Euro). Zudem wurde eine Expertenkommission eingesetzt, die prüfen soll, wie die Einhaltung des Mindestlohns 2 besser kontrolliert werden kann.

Deponiemangel als Baukostentreiber

In Baden-Württemberg droht infolge der regen Bautätigkeit sowie zunehmend strengerer umweltrechtlicher Auflagen ein Entsorgungsnotstand für Bau- und Abbruchabfälle. Da die Verwertung von Bauabfällen, z. B. zur Wiederverfüllung von Gruben und Steinbrüchen oder für den Bau von Lärmschutzwänden, aufgrund gesetzlicher Regelungen schwieriger und teurer wird, muss immer mehr Bodenaushub auf Deponien gelagert werden. Dies führt zu einer Engpasssituation, die dadurch verschärft wird, dass vielerorts Lagerstätten wegen Überfüllung schließen, während gleichzeitig keine neuen Deponien ausgewiesen werden. Akute Entsorgungsnot herrscht vor allem im Raum Stuttgart und den umliegenden Landkreisen, in der Region Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe sowie in Südbaden rund um Freiburg. Verursacht durch die Deponieknappheit sind die Gebühren für Bau- und Abbruchabfälle sprunghaft nach oben geschneit, mit der Folge, dass sich das Bauen spürbar verteuert.

Da viele Baufirmen ihren unbelasteten Erdaushub nicht ortsnah entsorgen können und gezwungen sind, ihn teilweise bis nach Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz oder Frankreich zu fahren, ist ein regelrechter Transporttourismus entstanden. Allein in den letzten zehn Jahren haben sich die Transportwege in Baden-Württemberg fast verdoppelt. In diesem Zusammenhang kritisiert die Landesvereinigung die Vorgehensweise des zuständigen Umweltministeriums, das als Kriterium für die Gewährleistung der Entsorgungssicherheit nicht die Situation in den einzelnen Landkreisen heranzieht, sondern über alle Kreise hinweg rechnet. Wird der Deponiebedarf auf diese Weise ermittelt, ab



so bleibt die Entfernung zwischen Bauvorhaben und Deponie unberücksichtigt. Um den Abfalltourismus mit all seinen Umweltbelastungen zu stoppen, muss zügig ausreichend Deponieraum in den Landkreisen bereit gestellt werden, in denen Mangel an ortsnahen Entsorgungsmöglichkeiten herrscht. Zudem ist es erforderlich, die Suche nach geeigneten Standorten für Deponien voranzutreiben. Unabdingbar ist die zeitnahe Bearbeitung von Errichtungs- und Betriebsanträgen potenzieller Deponiebetreiber.

Der Gesetzgeber ist aufgefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen sinnvollen Umgang mit mineralischen Bauabfällen (Erdaushub und Bauschutt) nicht nur in der Theorie vorsehen, sondern auch in der Praxis forcieren. Erdaushub muss nicht über weite Strecken transportiert werden, sondern kann vor Ort wieder eingebaut werden, wenn im Bebauungsplan die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden (so genannter Erdmassenausgleich). In Gebieten, in denen die Böden von Natur aus gewisse Substanzen beinhalten, ergibt sich für die Qualität des Bodens keinerlei Verbesserung, wenn Erdaushub auf der Deponie entsorgt wird. Zudem müssen Bauherren in die Pflicht genommen werden, ein Abfallentsorgungskonzept zu erstellen, damit eine sinnvolle Verwertung der Bauabfälle auch tatsächlich gelingen kann. Des Weiteren ist es erforderlich, die auf dem Papier bestehenden Möglichkeiten, gering belasteten Bodenaushub und Bauschutt in Lärm-

Die vorgesehenen strengeren Bodenverwertungs- vorgaben hätten zur Folge, dass nach Schätzungen der Bauspitzenverbände bundesweit 50 Millionen Tonnen mineralischer Abfälle zusätzlich deponiert werden müssen. Dies würde innerhalb weniger Jahre zu einem Entsorgungsnotstand führen. Hinzu käme eine drastische Erhöhung der Umwelt- und Verkehrsbelastungen durch steigende Transportentfernungen. Zudem würden die Modernisierung der Infrastruktur stark verteuert und das Bemühen um bezahlbaren Wohnraum sabotiert.

Vor diesem Hintergrund ist eine grundlegende Nachbesserung der Mantelverordnung unverzichtbar. Dabei muss den Anforderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes Rechnung getragen werden, das der Vermeidung, dem Recycling und der Verwertung von Erdaushub Vorrang vor der Abfallbeseitigung einräumt. Anzustreben ist eine Regelung, die den Anforderungen des Boden- und Grundwasserschutzes sowie der Abfallvermeidung und Ressourcenschonung gleichermaßen gerecht wird.

Ausnahmeregelung bei Diesel-Fahrverbot

Nachdem das Bundesverwaltungsgericht Kommunen grünes Licht für die Erteilung von Diesel-Fahrverboten gegeben hat, warnt die Landesvereinigung Bauwirtschaft eindringlich vor den Folgen solcher Regelungen. Denn der Erlass streckenbezogener Fahrverbote käme für viele Bauunternehmen einem Arbeitsverbot in Innenstadtbereichen gleich, bei gleichzeitiger Entwertung des Firmenfuhrparks. Tatsache ist: Der Fuhrpark der meisten Betriebe besteht zu gut 90 % aus Dieselfahrzeugen. Hinzu kommt, dass viele Wohnungsbauten gerade in den Innenstädten entstehen, die von einem Einfahrverbot betroffen wären. Vom Umweltministerium Baden-Württemberg wurde zugesagt, eine umfassende Ausnahmeregelung für Handwerksfirmen zu schaffen. Diese Handwerker Ausnahme sollte ausreichend lange Übergangsfristen für Neuinvestitionen berücksichtigen.

Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“

Als Reaktion auf den anhaltenden Zuzug in die Städte hat das Bundesumweltministerium das neue Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ ins Leben gerufen. 2017 erhielten Städte und Gemeinden erstmals 50 Millionen Euro für Investitionen zur Verbesserung der urbanen grünen Infrastruktur und zur Gestaltung von Grünflächen als Orte der Begegnung, Erholung und Integration. Insgesamt standen im vergangenen Jahr im Rahmen der Städtebauförderung Bundesmittel in Höhe von 790 Millionen Euro zur Verfügung.

Kontakte zur Politik

Die Landesvereinigung Bauwirtschaft stand im Zuge ihrer Lobbyarbeit auch im vergangenen Jahr in intensivem Kontakt zu Abgeordneten, Ministern und Behördenvertretern. In regelmäßigen Hintergrundgesprächen, Telefonaten und Stellungnahmen bezog der Verband Position zu aktuellen politischen Fragestellungen und machte bei Bedarf auf Fehlentwicklungen aufmerksam. Inhaltlich ging es dabei unter anderem um die Luftreinhalteplanung für Stuttgart, den Deponiebedarf in Baden-Württemberg, die geplante Mantelverordnung sowie die Änderung des Gesetzes zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft. Ein weiteres Thema war die Landesfachklasse für die Berufe Rohrleitungsbauer/in und Kanalbauer/in in Nürnberg. Auf bundespolitischer Ebene meldete sich der Verband anlässlich der Koalitionsverhandlungen zu vergabe- und AGB-rechtlichen Fragen zu Wort.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung, die am 11. Juli 2017 stattfand, führte die Landesvereinigung am 19. Juli ein Gespräch mit dem FDP-Landtagsfraktionsvorsitzenden Hans-Ulrich Rülke sowie weiteren FDP-Fraktionsmitgliedern. Am 24. Juli stellten sich der CDU-Landesgruppenvorsitzende im Bundestag, Andreas Jung, sowie die Europaabgeordnete Inge Gräßle der Diskussion mit Verbandsvertretern. Themen waren unter anderem die Zukunft der Mobilität, die Umsetzung der Energiewende, die Digitalisierung sowie aktuelle welpolitische und weltwirtschaftliche Entwicklungen. Bei einem Gespräch im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft am 16. April 2018 ging es um die Deponiesituation und Deponiebewirtschaftung in Baden-Württemberg.

Aktive Pressearbeit

Die Pressearbeit ist für die Landesvereinigung ein unverzichtbares Instrument, um sich als Sprachrohr der baden-württembergischen Bauwirtschaft in der öffentlichen Diskussion Gehör zu verschaffen. Die gut besuchte Pressekonferenz Ende Januar bildete den erfolgreichen Auftakt für die Medienaktivitäten 2017. Die Verbandsvertreter informierten die zahlreich anwesenden Journalisten unter anderem über die aktuelle baukonjunkturelle Entwicklung. Weitere inhaltliche Schwerpunkte waren die Digitalisierung sowie Building Information Modelling (BIM), die als zentrale Herausforderungen für die Zukunft der Bauunternehmen vorgestellt wurden. Zudem ging es um Lean Construction Management (LCM) als Instrument zur Verbesserung von Bau- und Planungsprozessen. Neben vielen Tageszeitungen haben das SWR-Fernsehen und mehrere Radiosender ausführlich über diese Themen berichtet. Darüber hinaus meldete sich die Landesvereinigung mit zahlreichen



Pressemitteilungen zu aktuellen baupolitischen Themen zu Wort. So wurde verstärkt auf den herrschenden Wohnraumangel aufmerksam gemacht, verbunden mit dem Appell an die Politik, die Wohnungsbautätigkeit mit geeigneten Maßnahmen anzukurbeln. Ein wichtiges Thema war das Fehlen ortsnaher Entsorgungsmöglichkeiten für Erdaushub. Regelmäßig brachte der Verband den hohen Fachkräftebedarf in der Bauwirtschaft zur Sprache.

Engagement für die Ausbildung

Mit der Entscheidung, ab dem Schuljahr 2016/17 die Kosten für Unterkunft und Verpflegung externer Berufsschüler zu übernehmen, hat das Land Baden-Württemberg eine von der Bauwirtschaft seit langem erhobene Forderung erfüllt. Um die duale Ausbildung weiter aufzuwerten, setzt sich die Landesvereinigung dafür ein, dass bei auswärtigem Schulunterricht die Fahrtkosten ebenfalls durch das Land getragen werden. Wünschenswert ist die Ausgabe eines Ausbildungstickets für den öffentlichen Personennahverkehr in Baden-Württemberg. Mit einem solchen Schritt würde gleichzeitig die entsprechende Auflage des Verwaltungsgerichtshofs im Zusammenhang mit seinem Urteil zu den Übernachtungskosten erfüllt.

Sorge bereitet auszubildenden Baubetrieben die zum Teil rigide Abschiebepaxis der Ausländerbehörden. Trotz der geltenden Regelung zur Ausbildungsduldung (sogenannte „3+2-Regelung“) werden geflüchtete Menschen, die sich integrationsbereit und motiviert für die Ausbildung gezeigt haben, abgeschoben. Dies geschieht zum Teil selbst dann, wenn sich die Ausbildungsbetriebe dafür einsetzen, ihnen den erfolgreichen

Abschluss ihrer Lehre zu ermöglichen. Im Sinne der Fachkräftesicherung appelliert die Bauwirtschaft an die Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Flüchtlinge eine begonnene Ausbildung in Deutschland beenden können.

Deutsche Meisterschaft in den Bauberufen

Insgesamt 65 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kämpften bei der Deutschen Meisterschaft in den Bauberufen, die vom 11. bis 13. November 2017 im Ausbildungszentrum Bau Sigmaringen ausgetragen wurde, um die begehrten Gold-, Silber- und Bronzemedailles. Beton- und Stahlbetonbauer, Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, Maurer, Straßenbauer, Stuckateure, Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierer sowie Zimmerer zeigten bei den Wettbewerben Bestleistungen. Nach Abschluss des Events wurden 21 Medaillen vergeben. Sieger im Ranking der Bundesländer war Baden-Württemberg: Insgesamt gingen fünf Gold- und eine Silbermedaille an das Gastgeberland.

Infotag Bauausbildung erneut erfolgreich

Eine sehr positive Resonanz fand auch der 17. Infotag Bauausbildung, den die baden-württembergischen Bauverbände im November 2017 in landesweit 18 Ausbildungszentren veranstalteten. Über 6.000 Schüler und Lehrer nutzten die Chance, sich umfassend über die Bauberufe zu informieren. Vor Ort konnten sich die Besucher bei einem Vortrag sowie einem Rundgang durch die Werkhallen mit Inhalten und Anforderungen der Ausbildung sowie beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten vertraut machen. Neben Gesprächen mit Auszubildenden und Ausbildungsmeistern gab es für die Schüler auch

Gelegenheit, anhand kleiner praktischer Aufgaben ihr handwerkliches Geschick zu testen. Ziel der Veranstaltung ist es, öffentlichkeitswirksam auf die Attraktivität der Bauberufe aufmerksam zu machen. Wie in den Vorjahren hat der Infotag auch 2017 ein umfangreiches Medienecho hervorgerufen: In der Tagespresse sowie im Rundfunk wurde ausführlich über das Ereignis berichtet. Informationen sind unter www.infotag-bauausbildung.de abrufbar.

Grenzüberschreitendes Bauen

Die Mitgliedsverbände der Landesvereinigung unterstützen ihre Betriebe sowohl auf politischer Ebene als auch im konkreten Einzelfall bei Aktivitäten im benachbarten Ausland. Zuletzt wurden in Frankreich die Entsenderegelungen verschärft und die Bauhandwerkerkarte Carte BTP eingeführt, die für jeden Mitarbeiter und grundsätzlich jede Baustelle neu beantragt werden muss. Aus Sicht der Verbände verstößt diese Regelung gegen EU-Recht. Erfreulich ist, dass nach diversen Gesprächen mit den französischen Behörden das Meldeportal SPSI nun stabil läuft und die Dateneingabe deutlich vereinfacht ist. Zudem verzichtet Frankreich auf die Einführung einer Bearbeitungsgebühr in Höhe von 40,00 Euro je entsandten Mitarbeiter. In der Schweiz wurde das Verfahren zur Prüfung von Entsendebetrieben, so wie von den Verbänden seit langem gefordert, vereinheitlicht. Die Einführung des landesweit geltenden „Musterprozesses“ bedeutet eine spürbare Erleichterung für die Mitgliedsunternehmen. Zusätzliche finanzielle Belastungen für Entsendefirmen drohen jedoch durch die Reform des schweizerischen Mehrwertsteuergesetzes.

» Im Gespräch:

Austausch mit Politik, Ministerien und Behörden.

schutzwällen oder sonstigen technischen Bauwerken zu verbauen, auch in der Praxis anzuwenden. In diesem Zusammenhang sind vor allem die öffentlichen Auftraggeber gefragt, die den Einsatz von Recycling-Baustoffen oftmals kategorisch ablehnen.

Nachbesserungsbedarf bei Mantelverordnung

Mit der geplanten Mantelverordnung, die 2017 vom Bundesrat zunächst aufgeschoben wurde, droht eine deutliche Verschlechterung der Rahmenbedingungen für das Recycling mineralischer Bauabfälle.



LANDESVEREINIGUNG
BAUWIRTSCHAFT
Baden-Württemberg

In der Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg sind sieben baden-württembergische Bauverbände organisiert, die etwa 4.900 Mitgliedsbetriebe mit rund 74.000 Beschäftigten vertreten. Nachfolgend die wichtigsten Angaben zu den jeweiligen Verbänden.

Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg

Geschäftsstelle
Hohenzollernstraße 25, 70178 Stuttgart
Tel.: 0711 64853-0, Fax: 0711 64853-49
info@landesvereinigung-bauwirtschaft.de
www.landesvereinigung-bauwirtschaft.de
Präsident: Dipl.-Ing. (FH) Bernhard Sängler
Geschäftsführer: Thomas Möller

Fachverband Fußbodenbau Baden-Württemberg

Röhler Weg 10, 71032 Böblingen
Tel.: 07031 7105-20, Fax: 07031 7105-21
info@fussbodenbau-bw.de
www.fussbodenbau-bw.de
Vorsitzender: Dipl.-Ing. (FH) Rüdiger Ade
Geschäftsführer: Holger Braun
Mitgliedsbetriebe: 50 Beschäftigtenzahl: 580



Bauwirtschaft Baden-Württemberg e.V.

Hohenzollernstraße 25, 70178 Stuttgart
Tel.: 0711 64853-0, Fax: 0711 64853-49
stuttgart@bauwirtschaft-bw.de
www.bauwirtschaft-bw.de
Präsident: Dipl.-Ing. (FH) Bernhard Sängler
Hauptgeschäftsführer: Thomas Möller
Mitgliedsbetriebe: 1.751 Beschäftigtenzahl: 46.499



Holzbau Baden e.V.

Munzinger Straße 10, 79111 Freiburg
Tel.: 0761 154315-00, Fax: 0761 154315-30
info@holzbau-baden.de
www.holzbau-baden.de
Präsident: Dipl.-Ing. (FH) Zimmermeister Rolf Kuri
Hauptgeschäftsführerin: Cornelia Rupp-Hafner
Mitgliedsbetriebe: 313 Beschäftigtenzahl: 3.040



Fachverband Ausbau und Fassade Baden e.V.

Munzinger Straße 10, 79111 Freiburg
Tel.: 0761 154315-00, Fax: 0761 154315-30
info@stuckateur-baden.de
www.stuckateur-baden.de
Vorsitzender: Stuckateurmeister Michael Bleich
Hauptgeschäftsführerin: Cornelia Rupp-Hafner
Mitgliedsbetriebe: 75 Beschäftigtenzahl: 620



HOLZBAU Baden-Württemberg

Hellmuth-Hirth-Straße 7, 73760 Ostfildern
Tel.: 0711 23996-50, Fax: 0711 23996-60
info@holzbau-online.de
www.holzbau-online.de
Präsident: Zimmermeister Josef Schlosser
Hauptgeschäftsführer: Dipl.-Kfm. Thomas Schäfer
Mitgliedsbetriebe: 1.014 Beschäftigtenzahl: 6.800



Fachverband der Stuckateure für Ausbau und Fassade Baden-Württemberg

Wollgrasweg 23, 70599 Stuttgart
Tel.: 0711 45123-0, Fax: 0711 45123-50
info@stuckverband.de
www.stuckverband.de
Vorsitzender: Landesinnungsmeister Rainer König
Hauptgeschäftsführer: Thomas Arnold
Mitgliedsbetriebe: 921 Beschäftigtenzahl: 5.790



Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Baden-Württemberg e.V.

Filderstraße 109/111, 70771 Leinfelden-Echterdingen
Tel.: 0711 97566-0, Fax: 0711 97566-20
info@galabau-bw.de
www.galabau-bw.de
Vorstandsvorsitzender: Thomas Heumann
Geschäftsführer: Reiner Bierig
Mitgliedsbetriebe: 745 Beschäftigtenzahl: 10.600

